

Kanzler ohne
Gestaltungswillen

Von der Leine gelassen

Gernot Fritz

Wenn es stimmt, dass Deutschland auf ein Mittelmaß absackt, dann ist Gerhard Schröder sein würdiger Repräsentant. Einem verstolpern Start in die erste Amtszeit folgten vier glücklose Jahre, in denen ihm nur der CDU-Spendenskandal etwas Luft verschaffte. So wenig Aufbruch war noch nie nach einem Machtwechsel. Keiner der „zehn guten Gründe“, die Schröder im Wahlkampf 1998 für sich anführte – vom Abbau der Arbeitslosigkeit über höhere Steuergerechtigkeit und stabile Rentenkassen bis hin zu einem bezahlbaren Gesundheitssystem –, war am Ende seiner ersten Amtsperiode abgearbeitet. Im Gegenteil: Die Arbeitslosigkeit steigt im Gleichschritt mit Steuern und Abgaben. Die Wirtschaft lahmt, der Staat ist pleite, die Sozialversicherung wankt. Blauer Brief aus Brüssel, Vertrauensverlust in Europa, beschädigtes Verhältnis zu den USA. Und kein Licht am Ende des Tunnels.

Nur Elbeflut und hemmungslos angefachte Kriegsangst hatten Schröder 2002 ein kurzes Zwischenhoch beschert, das just am Wahltag für eine knappe und doch erstaunliche Mehrheit reichte. Man mag rätseln, ob den Bundeskanzler die Gnade des milden Wählers im Amt hielt oder der verständliche Wunsch, ihn nachregieren zu lassen, bis wenigstens ein Teil seiner Versprechen eingelöst ist.

Sein Kabinett freilich hat Gerhard Schröder in vier Jahren trotz politischer Erfolglosigkeit einmal verschlissen. Regieren war für ihn vor allem die Kunst der termingerechten Personalentsorgung: Stets

stand ein Mohr bereit, wenn ein Schuldiger gebraucht wurde. Das sorgte jeweils für etwas Durchzug, ließ den Blätterwald rauschen und erlaubte dem Kanzler das Durchatmen. Auch für die Zukunft hält Schröder Ablösekandidaten vor: Ulla Schmidt, schon mit dem Gesundheitsbereich überfordert, kann die Reform der gesamten Sozialversicherung nicht stemmen. Sie wird gehen müssen, wenn das Scheitern einen Namen braucht. Hans Eichel ist entzaubert und daher disponibel. Auch Manfred Stolpe darf sein Gnadenbrot als Verkehrsminister nur solange verzehren, wie Schröders Laune reicht. Peter Struck, dem das Elend dieser Regierung förmlich im Gesicht geschrieben steht, schlepppt sein Amt ebenso lustlos mit sich wie sein Vorgänger Schäping. Selbst Otto Schily, schon Leitfossil der ersten Amtszeit, ist jenseits der Siebzigaltersmüde und nicht mehr unersetztlich.

Einzig Wolfgang Clement ist sich für die Rolle des potenziellen Schlachtopfers zu schade; schließlich ist er gelernter Nachfolger und Schröders Ruf nach Berlin nur als Brutus gefolgt. Bemerkenswert locker kommentierte er das katastrophale Abschneiden der SPD bei der Doppelwahl vom 2. Februar 2003 – wissend, dass es vor allem eine Niederlage für Schröder war. Vielleicht ist der Bundeskanzler aber auch selbst schon auf der Suche nach einem Erben, weil seine Scheu vor konsequenter Arbeit schneller ihren Tribut fordern kann als vorgesehen. Das Hinschmeißen wäre ihm zuzutrauen – bevor er sich der Mühsal ernsthafter Problem-

bewältigung unterzieht! In die Ödnis seiner Fraktion jedenfalls könnte er sein Amt nicht werfen. So ist es auch für ihn praktisch, wenigstens einen veritablen Kandidaten in petto zu haben. Clements Ehrgeiz und Schröders Naturell könnten hier ihre kongeniale Ergänzung erfahren. Die Massenflucht der Wähler wird den Prozess beschleunigen.

Punkten mit Effekten

Erfolge seiner Politik werden Schröder jedenfalls nicht im Amt halten. Punkten konnte er bisher nur mit Effekten, nicht mit Ergebnissen. Was seine Koalition wollte, tat sie nicht. Was sie tat, war nicht geplant. Und was nötig war, blieb liegen. Schröder an der Spitze eilte als agiler Konfusius von Thema zu Thema, ohne je ein Werkstück zu vollenden. Allerdings gelang es ihm immer wieder, durch bloße Beschreibung von Problemen den Eindruck ihrer Lösung zuvermitteln. Zuweilen kam ihm die mediale Gier zu Hilfe, beizeiten das Belanglose zu skandalisieren, weil die Komplexität der wahren Probleme keine Schlagzeilen trägt: Über *miles and more* lässt sich trefflicher lamentieren als über die Erfordernisse von Wirtschaft oder Arbeitsmarkt Einigkeit erzielen. Aber jede Ablenkung wirkt nur für den Augenblick. Die Probleme bleiben. Lösungen lassen sich nur finden, wenn man zu politischer Führung bereit ist. Und die benötigt mehr als den beharrlichen Willen, das Cockpit zu besetzen. Man braucht auch ein Ziel und eine Routenplanung. Schröders Versuch, unter Verzicht auf Grundsätze und ohne ein konzeptionelles Minimum zu regieren, ist gescheitert.

Auf internationaler Bühne ist des Kanzlers Vorliebe für unüberlegte Kraftmeierei längst fatal. Zwar konnte er damit anfangs den einen oder anderen Wähler beeindrucken. Doch alles hat Konsequenzen. Wohlmeinende mögen es seiner Un erfahreneit, Realisten seiner Skrupellosigkeit zurechnen: Wo immer sich Schrö-

der einmischt, sind Scherben garantiert. Nacheinander hat er das Verhältnis zu Frankreich, zu Großbritannien, zu den kleineren europäischen Partnern, zur EU insgesamt und schließlich zu den Vereinigten Staaten sinnlosen Belastungstests ausgesetzt. Was Schröder schließlich in Sachen Irak aufführte, wirkte katastrophaler, als es die deutsche Öffentlichkeit wahrnahm. Nicht dass in dieser Frage kein kritischer Blick auf die USA erlaubt wäre: Er ist legitim und in der Sache nötig. Das Wie aber hat nicht nur die Amerikaner nachhaltig irritiert. Schröder suchte nicht den Dialog, der unter Partnern üblich ist. Wie ein Rummelboxer verkündete er seine Weisheiten auf den Marktplätzen seiner Wahlkämpfe. Die Absicht war ebenso durchsichtig wie unerträglich: Er machte öffentlich Stimmung gegen die Verbündeten und schuf so die Emotionen, auf deren Wogen er seine Wahlergebnisse sichern wollte. Diese Stammtisch-Diplomatie auf Kosten befreundeter Länder bezahlen wir international nun mit Kopfschütteln, Misstrauen und dem schmerzhaften Verlust an Einfluss.

Vor allem: Schröder wiederholte das scheinbar erfolgreiche Rezept des vergangenen Jahres im Landtagswahlkampf 2003. Vor dem niedersächsischen Urnen gang legte er zur Unzeit in Bierzeltatmosphäre die deutsche Haltung zur Irakkrisse im UN-Sicherheitsrat fest. Noch bevor die UN-Waffeninspektoren ihren Bericht vorlegten und bevor die Partner dazu die Verständigung suchen konnten, zementierte Schröder – sehr zur Freude des irakischen Diktators – das Nein seiner Regierung zu jeglicher Militäraktion der Weltgemeinschaft – ausgerechnet wenige Tage vor Übernahme des deutschen Vorsitzes im Sicherheitsrat. Selbst die Außenpolitiker der SPD rauften sich die Haare. Unter diesem Kanzler ist von unseren Diplomaten vor allem Schadensbegrenzung gefragt!

So vorsätzlich und hartnäckig jedenfalls hat noch kein deutscher Regierungschef je das Ansehen des Landes beschädigt. Über Jahrzehnte gab es unter allen Bundeskanzlern die gute Übung, innenpolitischen Streit nicht auf die internationale Bühne durchschlagen zu lassen. Schröder hat diese Tradition ohne jede Not beendet und sich damit als unfähig zum Staatsamt erwiesen. Er ordnet die Interessen Deutschlands dem erhofften Tagesplus an der demoskopischen Börse einer Landtagswahl unter.

Politischer Tagelöhner

Die außenpolitischen Trümmer finden in der Innenpolitik ihre Entsprechung. Ob es an der Persönlichkeitsstruktur des Kanzlers oder an seiner Sozialisation liegt – Weitsicht jedenfalls ist seine Sache nicht. Ziele werden beliebig gesetzt und verworfen. Sein Wort gilt nur vorübergehend. Wie ein politischer Tagelöhner ist er unablässig auf der Suche nach einem neuen Standpunkt. Als Schröder kürzlich die Vielstimmigkeit seiner Koalition als unerträglich rügte, muss er vor allem sich selbst gemeint haben: Niemand ist so kakophon veranlagt wie er. Er hat zu jedem Thema schon jede Meinung vertreten. Wer ihm gegenüber loyal sein will, muss nicht nur hochflexibel, sondern auch blitzschnell sein. Denn folgt man seinen Richtlinien, begegnet man ihm oft schon auf der Gegenfahrbahn. Und kämpft man für das, was Schröder sagt, muss man mit ihm als Gegner rechnen. Schröder ist die Antithese seiner selbst. Als Phänomen mag das interessant sein. Aber für einen Regierungschef muss *carpe diem* mehr bedeuten, als nur den Tag zu überstehen!

Solche Wendigkeit ist die Folge von Prinzipienlosigkeit. Sozialdemokraten haben dafür an sich ein gutes Gespür. Sie sind deshalb ob Schröders Zumutungen immer wieder sprachlos: Mundfaul nehmen sie die ständig wechselnden Tagesbefehle ihres Vorsitzenden hin, seit Lafontaine nicht

Bundeskanzler Gerhard Schröder schaut auf der Schlusskundgebung der hessischen SPD auf die Uhr – drei Tage vor der Landtagswahl in Hessen.

© dpa, Foto: Arne Detert



mehr zum Rebellen taugt. Dabei kommt Schröder die anhaltende Sinnkrise der SPD zugute. Sie ist auf Standortsuche, ohne recht zu wissen, wo. Nach ihrem Selbstverständnis Reformpartei, in ihrem Wollen links und in ihrer Praxis strukturbedingt, verheddert sie sich im Netz ideologischer Koordinaten, die längst außerhalb unserer Wirklichkeit liegen. Da fehlt es an einem Vorsitzenden, der sie im Mut zu neuen Einsichten bestärken kann. So aber bleiben die Sozialdemokraten bei jeder Diskussion über Wirtschaft, Arbeitsmarkt oder soziale Sicherheit im Reflexhaften stecken. Die SPD ist eine ebenso nostalgische wie timide Partei ohne reformerischen Biss geworden; sie lässt sich allenthalben auf die Spur derer locken, die

sie zum Forum ihres privaten Ehrgeizes machen – der Schröders oder Wowereits, die sich auf jeder Party wohler fühlen als inmitten ihrer Partei.

Chaos statt Charisma

Dabei brauchte die SPD jetzt nichts nötiger als einen Wegweiser aus ihrem Dilemma. Doch ihr Vorsitzender ist kein Tony Blair, so gern er es wäre. Anfangs profitierte Schröder noch von der verbreiteten Fehleinschätzung, er habe als Pragmatiker die Konturen einer reformierten Gesellschaft fest im Blick. Doch das Schlagwort der *Neuen Mitte* war ihm nie ernsthafter Programmsatz. Der ihn inhaltlich füllen wollte, hat sich schon vor Jahren aus dem Kabinett in die Wirtschaft geflüchtet. Unter den Verbliebenen herrschte nur mehr Verwirrung: Die SPD findet sich nicht in ihrem Chef, der Vorsitzende wurzelt nicht in seiner Partei. Schröder verbreitet Chaos statt Charisma. Er war nie Kopf der Partei – eher ihre Perücke, unter der es juckt und durch die sie sich verkleidet fühlt.

Doch die Sozialdemokraten haben weder Kraft noch Personal zur Alternative. Die Programmdiskussion leitet unverdrossen Rudolf Scharping, der sich an dieses Parteiamt klammert, obwohl die Genossen ihn allenfalls noch im Plusquamperfekt erwähnen. Franz Müntefering führt die Bundestagsfraktion als Sedativum und greift den Unmut der Partei nur gedämpft auf, damit der Kanzler es als Unterstützung missverstehen darf. Olaf Scholz schließlich singt das Hohelied seines Chefs so operettenhaft, dass niemand ihn vermissen würde, wenn er vom Spielplan verschwände.

Schröder jedenfalls bringt seine Sozialdemokraten so wenig voran wie unser Land. Hier wie dort ist er nur zur Intuition fähig, aber nicht zur Konzeption und Präzision. Verlass ist nur auf seine Unbeständigkeit. In der ersten Reihe deutscher Politik ist er damit ein wirkliches Unikat. Kein Richtungswechsel ist ihm zu abrupt,

keine Widersprüchlichkeit zu peinlich, keine Kränkung eines Mitstreiters zu unanständig! Nur das hartnäckige Gerücht, der liebe Gott liefere mit jedem Amt auch den Verstand, lässt immer wieder die Hoffnung auf eine geheimnisvolle Sinnhaftigkeit seines Tuns keimen.

System Sisyphus

Schröders Politik ist eine Variable aus Einflüsterungen und Zufällen. Dass seine Regierung nicht auf Handeln eingestellt ist, mochte 1998 noch verzeihliches Anlaufproblem sein – beim zweiten Mal ist das Fehlen jeder Perspektive verheerend. Schröder wollte sich am Maßstab des Arbeitsmarktes messen lassen. Doch nach vier Jahren präsentierte er statt eines Erfolges eine Kommission. Deren Vorschläge wiederum korrigierten, was die Regierung zuvor wollte. Und statt der avisierten Umsetzung „eins zu eins“ erlebten wir nach dem Urnengang gleich die doppelte Rolle rückwärts: einen Regierungsentwurf, der die Hartz-Empfehlungen kaum mehr erkennen ließ, und dann – nach einem Vermittlungsverfahren auf Druck der Union – die Rückkehr zu einer Rechtslage, die Schröder 1998 abgeschafft hatte. Vier Jahre Kreisverkehr um das politische Hauptproblem – so bewegt kann Stillstand sein!

Eins immerhin hat der Kanzler für seine zweite Amtszeit dazugelernt: Kommissionen an den Beginn zu stellen, damit wenigstens die Hoffnung auf eine spätere Umsetzung bleibt. Gleichwohl mag man kaum auf die Rürup-Kommission setzen. Nicht nur, weil Schröder vier Jahre Anlauf benötigte, um Reformbedarf zu erkennen. Sondern weil Rürup dem Parlament gerade erst mit der Enquete-Kommission „Demografischer Wandel“ – nach achtjähriger Arbeit – einen Bericht abgeliefert hatte, in dessen Mittelpunkt die Zukunft der Sozialsysteme stand. Nun darf er – mit neuer Besetzung – wieder von vorn beginnen. So pflegt Schrö-

der das System Sisyphus – immer in Aktion, aber keinen Schritt voran.

Konfus auch die Begleittöne: Schon bei der Berufung ihrer Kommission machte die Sozialministerin deutlich, dass deren Vorschläge weder gebraucht werden noch rechtzeitig kommen. Parallel gab das Kanzleramt ein Papier zur sozialen Zukunft an die Presse, das Ulla Schmidt und Rürup gleichermaßen düpierte. Jeder gegen jeden. Hieße der Bundeskanzler nicht Schröder – man könnte hoffen, dass dort ein virtuoser Taktiker am Werk ist: hier ein Versuchsballon, der Kräfte bindet; dort ein losgetretenes Scheinthema, das die Kontrahenten beschäftigt – und dann ein Regierungschef, der souverän klärt, wo es langgeht. Doch die ruhige Hand des Kanzlers weist erfahrungsgemäß keine Richtung. Woher sollte das Wohin auch kommen?

Methode Trüffelschwein

Selbst gute Grundideen richtet die Bundesregierung zugrunde: die private Ergänzung der gesetzlichen Altersvorsorge wurde durch Riester so geschunden, dass niemand sie mehr will. Es mangelt an den handwerklichen Grundlagen. Das Lehrbuch der politischen Unfähigkeit wird durch die Praxis dieser Koalition geschrieben und von Monat zu Monat dicker.

Die Deutschen ahnen seit langem, dass ihnen einschneidende Veränderungen be-

vorstehen. Die Begeisterung dafür mag sich in Grenzen halten – doch für das Erforderliche wäre auf Einsicht zu hoffen. Voraussetzung ist freilich Klarheit über Weg und Ziel. Bei Gerhard Schröder sucht man sie vergeblich. Er setzt weiter auf die Methode Trüffelschwein – gelegentlich ein Zufallsfund in zertrampeltem Gelände, der nach dem kurzen Glück einer schönen Mahlzeit umso hungriger auf nachhaltige Lösungen macht. Vielleicht hatte die Spaßgesellschaft mit ihm eine Führung, die sie verdiente: einen Kanzler ohne Gestaltungswillen, ein Kabinett mit Notausgängen bei jedem Problem und Pläne mit abendlachem Verfallsdatum.

Wer nur den Boulevard als Teststrecke nutzt, taugt aber nicht zur Verantwortung. Politik muss geradlinig und verlässlich sein, bereit zur Änderung von Strukturen. Sie muss schmerzliche Einsichten vermitteln und Ziele auch gegen Widerstände konsequent verfolgen können. Wenn sie sich damit am Ende einer Legislaturperiode den Wählern zur Zwischenprüfung stellt, ist die Popularität des Notwendigen vielleicht sogar größer als die Attraktivität des Vordergründigen. Für diese Rolle ist Schröder freilich eine Fehlbesetzung. Die Wähler haben es inzwischen bemerkt. Und auch seinen Genossen dämmert es gewaltig! Es wird eng für Gerhard Schröder; selbst seine Niedersachsen wollen ihn nicht mehr zurück an die Leine nehmen.

Schröder in der Sackgasse

„Die rot-grüne Regierung unter Bundeskanzler Schröder ist nach ihrer knappen Wiederwahl im letzten September in eine Sackgasse geraten, aus der zurzeit kein Ausweg mehr sichtbar ist. Sie sieht sich mit verheerenden Umfragewerten konfrontiert, aus denen sich vor allem eines herausdestillieren lässt: Die Deutschen haben kein Vertrauen mehr zu ihrem Kanzler. Das Kabinett von SPD und Grünen kommt angesichts immer neuer Hiobsbotschaften kaum mehr zum Regieren; Konzepte und Strategien, die über die Sicherung der bloßen Macht hinausgehen, scheint es nicht mehr zu geben.“

Jürg Dodial am 15. Februar 2003 in der Neuen Zürcher Zeitung